

Stadt Eberswalde · Stadtverordnetenversammlung

Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler

Carsten Zinn, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Frankfurter Allee 57, 16227 Eberswalde, Tel.: (0170) 202 98 81, eMail: kommunal@gmx.de

Eberswalde, 24. Oktober 2013

**Betrifft: 50. Sitzung der StVV Eberswalde
Vorlage BV/1040/2013 –
Schulsozialarbeiter an den städtischen Grundschulen**

DISKUSSIONSBEITRAG

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

der Bedarf an Schulsozialarbeit an den städtischen Schulen steigt seit Jahren an. Die Fachgremien sind sich da weitgehend einig. In der Realität werden unseren Grundschulen Sozialarbeiterstellen aber nur stundenweise zugestanden.

Die Schulsozialarbeit gehört zu den Pflichtaufgaben des Landkreises. Diese Forderung sollten wir klar artikulieren.

Es hilft unseren Kindern aber wenig, wenn wir es dabei belassen. Wir sind es unseren Kindern, aber auch den Pädagoginnen und Pädagogen einschließlich den Erzieherinnen und Erziehern schuldig, im Rahmen unserer Möglichkeiten selbst aktiv zu werden.

Unsere Forderung, die wir in der Beschlußvorlage zu den Schulsozialarbeitern an den städtischen Grundschulen formuliert haben, entspricht den aktuellen Notwendigkeiten und ist mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der drei städtischen Grundschulen besprochen worden.

Zu den Einzelheiten unseres Beschlußvorschlages gibt es noch Diskussionsbedarf. Daher haben wir uns damit einverstanden erklärt, unsere Vorlage zu vertagen und im November in den Fachausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln. Wir möchten heute die Gelegenheit nutzen, Sie über den Diskussionsstand zu informieren.

Der Verwaltungs- und Ordnungsdezernent Herr Gatzlaff hat seine Sicht an die Mitglieder des Bildungs- und des Finanzausschusses versenden lassen.

Da wir daran interessiert sind, daß alle Stadtverordnete auf den gleichen Kenntnisstand zurückgreifen können, wollen wir im folgenden darauf eingehen.

Der Auffassung von Herrn Gatzlaff, unser Vorschlag sei in der vorliegenden Form rechtswidrig, widersprechen wir mit Nachdruck. Unsere Beschlußvorlage war form- und fristgerecht eingereicht und damit rechtmäßig.

Vorschläge können im übrigen gar nicht rechtswidrig sein. Solange sie nicht beschlossen sind, geht von ihnen keinerlei Rechtswirkung aus. Erst Beschlüsse können unter Umständen rechtswidrig sein und müßten dann vom Bürgermeister beanstandet werden.

Wir bitten Herrn Gatzlaff, dieses Detail in künftigen Diskussionen zu beachten.

Wir haben diese Vorlage bewußt in die verschiedenen Fachausschüsse zur Beratung eingebracht und nun auch der Verschiebung um eine Monat zugestimmt, um die Möglichkeit zu geben, alle Für und Wider auszudiskutieren, gegebenenfalls Änderungsvorschläge aufzunehmen und selbstverständlich auch, um nach finanziellen Deckungsmöglichkeiten zu suchen.

Die fehlenden Deckungsvorschläge hatten Herrn Verwaltungs- und Ordnungsdezernent Gatzlaff zu der genannten Aussage veranlaßt.

Unsere Forderung, ab dem Schuljahr 2014/2015 an den drei Grundschulen je eine Schulsozialarbeiterstelle zur Verfügung zu stellen, steht im Konflikt mit dem Zweijahreshaushalt 2013/2014, der diese Stellen nicht vorsieht.

Herr Gatzlaff argumentiert, daß eine Besetzung der Schulsozialarbeiterstellen bereits im Jahr 2014 eine überplanmäßige Ausgabe darstellen würde, die zum einen „unabweisbar“ sein müsse und zum anderen durch einen Deckungsvorschlag untersetzt sein müsse.

Diese Bedingung entfällt ab 2015, da dann ein neuer Haushaltsplan zu beschließen ist, in dessen Rahmen die Sozialarbeiterstellen beschlossen werden könnten.

Herr Verwaltungs- und Ordnungsdezernent Gatzlaff schrieb: *„Selbstverständlich könnten die Stadtverordneten ... die Stadtverwaltung beauftragen, die Schulsozialarbeiter wie von Ihnen vorgeschlagen in den nächsten Haushaltsplan aufzunehmen.“*

Entsprechend dem Beschluß zur Aufgabenkritik (BV/738/2012 vom 28.06.2012) ist laut Aussage von Herrn Gatzlaff die Schaffung neuer Stellen nur möglich, wenn zugleich andere Stellen reduziert werden.

Der Herr Verwaltungs- und Ordnungsdezernent weist jedoch außerdem noch darauf hin, daß auch schon ab 2014 die geforderten Sozialarbeiterstellen als eine „Kostenerstattung für Dritte“ finanziert werden könnten, wenn es für die daraus resultierenden Mehrausgaben innerhalb der Produktbereiche des Dezernats II Deckungsmöglichkeiten geben sollte.

Unsere Fraktion dankt Herrn Gatzlaff ausdrücklich für seine Hinweise, die unbedingt in die kommenden Diskussionen aufgenommen werden sollten.

Wir bitten hinsichtlich dieser Diskussionen Sie alle – auch Herrn Verwaltungs- und Ordnungsdezernent Gatzlaff – zu berücksichtigen, daß es nicht darum geht, uns gegenseitig zu verletzen oder zu beweisen ob der eine oder der andere recht hat.

Es geht um das Wohl unserer Kinder. Es geht um die Stärkung der Sozialkompetenzen der Eltern. Gleichzeitig geht es um die Verbesserung der Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler sowie der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer, sowie der Erzieherinnen und Erzieher.